

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2019

DIE LINKE

KREISVERBAND MAYEN-KOBLENZ

Dafür stehen wir!

100 % sozial!

Bessere Lebensbedingungen für Alle.

Unsere Politik richtet sich ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Deshalb werden wir uns an keiner kommunalen Koalition beteiligen, die weitere Privatisierungen, Sozial- und Personalabbau vornimmt und sich an einer Einschränkung demokratischer Rechte beteiligt.

Für soziale Gerechtigkeit in unserem Kreis und den kommunalen Verwaltungen.

Durch die Einführung eines Sozialpasses, der armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen und die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gewährt.

Für geschlechtergerechte Kommunen.

Alle politischen Entscheidungen der Kommunen sollen auf ihre Folgen für die Geschlechtergerechtigkeit überprüft werden.

Für gesellschaftliche Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner.

DIE LINKE setzt sich für die Einbeziehung der Migrantinnen und Migranten in die kommunalen Entscheidungsprozesse ein bis hin zum kommunalen Wahlrecht für Alle, die dauerhaft in einer Gemeinde leben. Die Integration der Migrantinnen und Migranten muss stärker gefördert werden.

Die öffentliche Daseinsvorsorge unter demokratischer Kontrolle.

Wir stehen für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Die Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen lehnen wir ab.

Für eine Arbeitsmarktpolitik, die allen Menschen dient.

Die Kommunen müssen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur die heimische Wirtschaft stärken, sondern auch die Verantwortung übernehmen, dass nur Unternehmen berücksichtigt werden, die tarifliche Vereinbarungen anwenden. Der öffentliche Beschäftigungssektor muss von den Kommunen gefördert werden. Alle Rekommunalisierungen werden von uns unterstützt.

Für sozialökologische Verkehrs- und Energiepolitik.

DIE LINKE steht für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und sozialen Gründen. Der öffentliche Nahverkehr sollte kostenlos angeboten werden. Die Fahrpläne müssen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt sein. Die Orte im Kreisgebiet müssen durch einen Verkehrsverbund untereinander erreichbar sein.

Für die Ausweitung des ökologischen Agra – und Weinbaus.

Die Praxis der derzeitigen Überdüngung der Felder muss beendet werden. Das dadurch verunreinigte Grundwasser muss wieder bedenkenlos zur Verfügung stehen. Es muss regelmäßig die Nitrat- und Keimbelastung (monatlich) des Trinkwassers durchgeführt werden und die Ergebnisse zeitnah veröffentlicht werden.

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Die Bürger müssen konsequent von den steigenden öffentlichen Lasten befreit werden um nicht unverschuldet in die Armut abzugleiten.

Der Ausbau der Infrastruktur ist ein Teil der Daseinsvorsorge und muss durch die öffentliche Hand finanziert werden.

Kostenlose Bildung und zukunftsfähige Schulen.

DIE LINKE fordert den zügigen Ausbau der Kitas und den Ausbau der Schulen. Wir wollen, dass die Mittel für die personelle Ausstattung der Ganztagschule verbessert wird und weitere Fortschritte in den Einrichtungen erfolgen.

Der aufgezwungene Schülertourismus muss reduziert werden. Wir setzen uns für die gebührenfreie Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen an den Ganztagschulen ein. Wir fordern, dass an den Schulen die Werbung für die Bundeswehr unterbleibt.

Sicherung der Gesundheitsvorsorge.

Der ländliche Raum muss durch geeignete öffentliche Maßnahmen im Gesundheitswesen weiterhin versorgt bleiben.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Die öffentliche Hand muss durch die Bildung von Wohnungsbaugenossenschaften dafür sorgen, dass künftig Wohnraumangel nicht mehr Grund für Mietwucher ist. Das kann nur durch den sozialen Wohnungsbau erreicht werden. Hier muss die öffentliche Hand ihre soziale Verantwortung wahrnehmen.

Das geht uns Alle an!

Ob Klimawandel, Beschäftigungspolitik oder Gesundheitsvorsorge: Veränderungen beginnen vor Ort und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen.